

KOLUMNE



WILHELM CELEDA
Vorstandsvorsitzender
Raiffeisen
Centrobank AG

ZUKUNFT DES TÜRKISEN KAPITALMARKTS

Die Steigerung des ATX von über 30 Prozent im Jahr 2017 dürfte wohl auch die hartnäckigsten Kapitalmarkt-Nörgler zum Schweigen gebracht haben. Jedoch währt die Freude ja meistens nur kurz und wird unmittelbar von der neuen zweifelnden Frage verdrängt: Wie wird sich der Kapitalmarkt 2018, nun türkis gefärbt, entwickeln? Die Voraussetzungen könnten kaum besser sein: ständig nach oben revidierte Wachstumsprognosen mit sinkenden Arbeitslosenzahlen in Kombination mit einem Finanzminister und einer Wirtschaftsministerin, die beide aus Unternehmen kommen, die an der Wiener Börse notieren. Eine Regierung insgesamt, die sich dazu bekennt, den Kapitalmarkt zu stärken, KMUs den Zugang zur Börse zu erleichtern und bei den Aufsichtsbehörden für mehr Proportionalität statt Gold Plating zu sorgen. Meine Hoffnung ist, dass diese Vorhaben nicht wieder in der Prioritätensetzung nach hinten rutschen, sondern unmittelbar mit deren Umsetzung begonnen wird. Und falls diese noch angereichert werden durch die Förderung der privaten Pensionsvorsorge, eine Kapitalertragssteuerbefreiung für geringere Einkommen oder die Wiedereinführung des Kapitalertragssteuerentfalls für langfristige Investments, schulische Lehrpläne mit Fokus auf Finanz- und Wirtschaftsthemen und vielleicht sogar durch einen konstruktiven Umgang für weitere Privatisierungen, dann bin ich entweder gerade aufgewacht, oder wir haben wirklich eine rosige Zukunft für den österreichischen Kapitalmarkt vor uns.

w.celeda@derboersianer.com



ÜBERNAHME DER WIENER PRIVATBANK IM FOKUS DER AUFSICHTSBEHÖRDE

Beim Verkauf der Wiener Privatbank SE gibt es neue Entwicklungen. Wie berichtet, wollen die Mehrheitseigentümer Günter Kerbler und Johann Kowar ihren Anteil von mehr als 61 Prozent an der Wiener Privatbank SE an die Arca Capital Group verkaufen. Der Deal ist 37 Millionen Euro schwer. Nachdem diverse Aufsichtsbehörden Bedenken gegen einen Manager des Großinvestors äußerten, zieht sich Pavol Krupa aus dem Management der übernehmenden Gesellschaft Arca Investments zurück. Außerdem hat Krupa seinen Anteil an Arca Investments deutlich auf unter

zehn Prozent reduziert. Die Prüfung der Finanzmarktaufsicht in der Angelegenheit, einem sogenannten Eigentümerkontrollverfahren, war zu Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen. Bei wesentlichen Bankbeteiligungen prüft die Aufsicht insbesondere die persönliche Zuverlässigkeit, ob die Geldquellen sauber sind und mögliche Ermittlungen in der Vergangenheit wie etwa hinsichtlich Geldwäsche. Geht alles glatt, sollte die Übernahme der Wiener Privatbank SE bis Mitte 2018 in trockenen Tüchern sein. Krupa will Bankfilialen in Tschechien und der Slowakei zu eröffnen.

.....

SPÄNGLER STARTET ONLINEVERMÖGENSVERWALTUNG CARL MIT ETF

Was George für die Erste Group Bank AG ist, soll Carl für die Bankhaus Carl Spängler AG sein. Die älteste Privatbank Österreichs mit Sitz in Salzburg bietet ihren Kunden nun auch eine Onlinevermögensverwaltung an, die den treffenden Namen „Carl“ trägt. Spängler-Vorstandschef Werner Zenz (Foto) treibt die Digitalisierungsstrategie der Bank damit konsequent voran. Die Bank offeriert grundsätzlich mehr als 100 verschiedene Vermögensverwaltungsstrategien, online gibt es 21 ETF-Strategien, also Indexfondsstrategien, zur Auswahl. Bei der Anmeldung, die online über Videolegitimation oder mit einem Berater der Bank erfolgen kann, wird ein Anlegerprofil erstellt und die Risikobereitschaft abgefragt. „Da geht es unter anderem um die Verlusttragfähigkeit, die dann die Aktienquote bestimmt“, sagt Mi-



chael Rampler, Projektleiter der Onlinevermögensverwaltung der Bankhaus Carl Spängler AG. Der Unterschied zwischen Off- und Onlinevermögensverwaltung liegt bei 20 bis 25 Basispunkten. Die Dienstleistungsgebühr beträgt bis 300.000 Euro 1,25 Prozent. Einstiegshürde sind 30.000 Euro, nach oben ist das Veranlagungsvermögen auf zwei Millionen Euro gedeckelt. Wer mit einem Berater den Onlinevertrag abschließt, kann den Betrag auch erhöhen.

BAUSPARKASSENGESETZ GEHÖRT ENTRÜMPELT

Der Generaldirektor der Raiffeisen Bausparkasse, Manfred Url, hat einige Wünsche an die neue Regierung. Konkret würde er gern von Justizminister Josef Moser das Bausparkassengesetz entrümpelt wissen. „Die Vorteile von früher sind weg. Wir werden in puncto Aufsicht, Risikosystem und Meldewesen heute wie eine Großbank kontrolliert, was die Kosten stark in die Höhe getrieben hat. Das Gesetz muss angepasst werden, damit wir unsere Wettbewerbsfähigkeit halten können“, sagt Url

zum *Börsianer*. Die Bausparkassen agierten bis 1993 unter dem Versicherungsaufsichtsgesetz, in dem sich bei weitem nicht so viel verändert habe wie beim 1993 eingeführten Bausparkassengesetz. Konkret wünscht sich Url, dass das Bauträgervertragsgesetz auch auf Bausparkassen anwendbar wird. Dafür müssten die Bausparkassen die Finanzmarktaufsicht ins Boot holen. Gelingt dieser Schachzug, würden die Bausparkassen als Konkurrenz zu Hypothekenbanken auftreten.

BAWAG KAUFT SICH VON POST FREI

Die Bawag Group AG hat sich vorzeitig für 110 Millionen Euro aus der Filialpartnerschaft mit der Österreichischen Post AG freigekauft. Insgesamt verfügen die beiden Unternehmen über 424 gemeinsame Standorte. Ende 2019 ist damit Schluss. Bawag-Vorstandsvorsitzender Anas Abuzaakouk will sein Unternehmen zukünftig von einem Banken- zu einem Technologiekonzern ummodellieren. Eine Post-Partnerschaft würde diesen Entwicklungsprozess hemmen. Für die Österreichische Post AG ist die vorzeitige Vertragsauflösung doppelt bitter. Sie muss aus 74 Standorten mit Hauptmieter Bawag AG raus und gegebenenfalls neue Standorte in der Nähe eröffnen. Zum anderen muss sie einen neuen Finanzdienstleister als Partner finden.



Post-Vorstandschef Georg Pölzl will diesbezüglich demnächst eine Entscheidung treffen. Die Bawag Group AG will ihre Filialen ihrerseits auf 100 aufstocken und die bestehenden Filialen einer Neugestaltung unterziehen. Die ehemalige Arbeiterbank hat für 2017 erneut starke Zahlen und ein Incentive-Programm für das Topmanagement präsentiert, für Letzteres wurden 55 Millionen Euro rückgestellt.

KARRIERE

Helmut Siegler



ist seit Anfang März neuer Vorstand der Schoellerbank AG. Der 52-Jährige ist für die Services rund um die Vermögensweitergabe, die Nachfolge- und Finanzplanung sowie für Stiftungen verantwortlich. Der Banker ist seit 1993 in der Schoellerbank AG tätig.

Paul Pasquali



leitet seit 1. März 2018 den neu geschaffenen Bereich „Group Governmental and Public Affairs“ der RBI AG. Der 37-jährige Jurist ist für die öffentliche Positionierung der Bank verantwortlich und berichtet direkt an RBI-Vorstandschef Johann Strobl.

Alexander Novak



wechselt ab 1. September 2018 in den Vorstand der BKS Bank AG. Er leitet derzeit die BKS Bank in Slowenien, seit 18 Jahren ist er bei der Bank tätig. Er folgt Wolfgang Mandl, der sich beruflich neu orientieren will und mit Jahresende aus dem Vorstand ausscheidet.

TICKER

Anadi Bank zeigt Interesse an Postkooperation

+++

BKS Bank nimmt mehr als 55 Millionen Euro bei Kapitalerhöhung auf

+++

40 Prozent Frauenanteil bei neuen Führungskräften der Oberbank bis 2020

+++

2017 gab es ein Fünftel weniger Euro-Fälschungen

+++

Erste-Group-Chef Treichl unterrichtet 49.000 Schüler via Livestream

+++

Unicredit Bank Austria zieht in neue Zentrale

MILLIARDENEINBUSSEN DURCH NIEDRIGZINSPOLITIK

STUDIE. 10,4 Milliarden Euro an Nettozinseinkommen haben österreichische Haushalte durch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank seit dem Jahr 2008 insgesamt verloren. Pro Kopf bedeutet das ein Minus von rund 1.300 Euro. Das geht aus einer Studie der Allianz hervor. „Geldpolitik hat verteilungspolitische Wirkungen, extreme Geldpolitik hat extreme verteilungspolitische Wirkungen“, sagt Martin Bruckner, Vorstandssprecher der Allianz Investmentbank AG und Chief Investment Officer der Allianz-Gruppe in Österreich. Nicht alle Euroländer sind Verlierer. Spanien und Finnland zählen zu den Gewinnern der Niedrigzinspolitik.